



N I E D E R S C H R I F T

**04. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Luckenwalde – Wahlperiode 2014 - 2019**

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.11.2019
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:07 Uhr
Sitzungsort:	Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Peter Gruschka

Mitglieder-

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

Herr Andreas Krüger

Herr Klaus-Werner Lehmann

Herr Gerhard Maetz

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Jochen Neumann

Herr Erik Scheidler

Frau Nadine Walbrach

Herr Michael Wessel

Sachkundige Einwohner-

Herr Jan Gabelmann

Frau Corinna Herold

Frau Kerstin Reiter

Herr Rayk Riese

Frau Ina-Christin Wilke

Verwaltung-

Herr Ekkehard Buß

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Herr Felix Hochmuth

Frau Christiane Kaiser

Herr Peter Mann

Herr Jürgen Schmeier

Schriftführerin-

Frau Sonja Dirauf

Abwesend:

Sachkundige Einwohner-

Herr Stephan Braschke
Herr Ralf Eyssen
Herr Tankred Flach
Herr Jörg Kirstein
Herr Ralf Lindner

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.10.2019
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlage
- 5.1. Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde B-7043/2019
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern
7. Informationen der Verwaltung
- 7.1. Vorstellung aktueller Sanierungsstand Rathaus
- 7.2. Stand Lärmaktionsplan
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

9. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.10.2019
10. Feststellung der Tagesordnung
11. Beschlussvorlagen
- 11.1. Vergabe der Planungsleistung Anhaltstraße Leistungsphasen 3 und 4 B-7053/2019
- 11.2. An- und Umbau Kita "Sunshine" - Vergabe Los 30 Sanitär und Lüftung B-7060/2019

12. Anfragen von Ausschussmitgliedern
13. Informationen der Verwaltung
14. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Gruschka eröffnet die 4. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind elf Mitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.10.2019

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

Herr Gruschka gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 7.1 Vorstellung aktueller Sanierungsstand Rathaus vertagt wird, da noch einige Änderungen erforderlich sind.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung bestätigt.

TOP 5. Beschlussvorlage

TOP 5.1. Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde B-7043/2019

Frau Dr. Jürgen schlägt vor, die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt um folgende Punkte zu ergänzen: Aufstellung und Fortschreibung von Umwelt- und Klimaschutzprogrammen, Stellungnahmen zu Planungen und Maßnahmen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Stellungnahmen zu Maßnahmen und Planungen im Bereich der Grün- und Freiflächengestaltung. Des Weiteren weist sie auf einen Fehler in § 2 Absatz 4 hin. Die Stadtverordneten hätten am 27.08.2019 beschlossen: „Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet über Geschäfte über

Vermögensgegenstände der Stadt, sofern der Wert 100.000 Euro nicht überschritten wird. Entscheidungen von 30.000 Euro bis zur Wertgrenze trifft der Hauptausschuss.“ Der Beschluss habe den Passus „es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung“ nicht enthalten. Dies bittet sie zu korrigieren. Außerdem fragt sie, was unter „Vorhaben von besonderer städtebaulicher Bedeutung“ (§ 2 Absatz 8) zu verstehen sei.

Frau Reiter weist darauf hin, dass in der Synopse bei § 3 das Wort „ungeändert“ fehlt. Sie fragt, warum das Themenfeld Tourismus nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport fällt.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass der Tourismus als Wirtschaftszweig gesehen wird.

Herr Jurtzik möchte, dass die Zuständigkeitsordnung die Möglichkeit offenlässt, dass ein anderer als der zuständige Ausschuss sich in ein relevant erscheinendes Thema einklinken kann.

Frau Herzog-von der Heide nennt als Beispiel, dass die Mitglieder des SWU-Ausschusses zum morgigen BKS-Ausschuss eingeladen wurden, da das Thema Hortneubau behandelt wird. Man will vermeiden, dass die Tagesordnungen der Ausschüsse durch Dopplungen der Themen zu umfangreich werden. Eine Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung ist dennoch möglich.

Herr Scheidler unterstützt die ersten beiden Punkte, die Frau Dr. Jürgen angesprochen hat.

Herr Neumann betont, dass die Formulierung zum Geschäft der laufenden Verwaltung Bestandteil bleiben sollte.

Frau Dr. Jürgen hält an ihrer Meinung fest und betont, dass ohne Gegenstimme ein Beschluss gefasst worden sei.

Herr Jurtzik erinnert daran, dass es sich bei Geschäften der laufenden Verwaltung um wiederkehrende Dinge handelt, die keinen besonderen Einzelfall darstellen, wie z. B. Stromrechnungen.

Herr Mann sieht kein Problem darin, unter § 3 Absatz 6 das Thema Klimaschutzkonzept zu ergänzen. An Stellungnahmen kann der Ausschuss nur beteiligt werden, wenn die Stadt zu einer solchen aufgefordert ist. Die Planungsebene ist hier entscheidend. Der Punkt zu Geschäften der laufenden Verwaltung kann nicht gestrichen werden, da die Verwaltung in Havariefällen schnell Investitionen tätigen können muss, um möglichen Schaden zu vermeiden. Unter Vorhaben von besonderer städtebaulicher Bedeutung versteht er wichtige Projekte, wie z. B. das Amtsgericht, das Windrad oder das geplante Altenheim in der Arndtstraße.

Frau Herzog-von der Heide will die Zuständigkeitsordnung überarbeiten, um dem Wunsch von Frau Dr. Jürgen, die Umweltthemen, mit denen sich der Ausschuss bereits beschäftigt, in der Zuständigkeitsordnung auffindbar zu machen, zu entsprechen.

Herr Riese fragt, wo das Themenfeld Sanierungsgebiete in der Zuständigkeitsordnung zu finden ist.

Herr Mann hält das für einen berechtigten Einwand und will das besondere Städtebaurecht ergänzen lassen.

Frau Dr. Jürgen bittet um eine Auflistung aller Geschäfte der laufenden Verwaltung über 30.000 Euro aus dem letzten Jahr. Sie findet weiterhin, dass die Themen Natur/Umwelt/Landschaftspflege ein eigenständiger Punkt und nicht lediglich bei 7. ergänzt werden sollten.

Frau Herzog-von der Heide betont, dass die Erstellung einer solchen Auflistung nicht zu leisten ist. Das Thema Geschäft der laufenden Verwaltung wurde bereits ausführlich diskutiert und erläutert.

Frau Reiter ergänzt, dass Umweltthemen bei der Bauleitplanung generell eine Rolle spielen.

Herr Krüger weist darauf hin, dass das Thema Landwirtschaft auch nicht genannt wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
die in der Anlage 1 dieser Beschlussvorlage beigefügte Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde.

behandelt

TOP 6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 6.1. Vorhaben Seniorenwohnen Arndtstraße

Herr Scheidler fragt nach dem Vorhaben, an der Ecke Friesenstraße/Arndtstraße ein Seniorenwohnheim zu errichten.

Herr Mann informiert darüber, dass sich das Vorhaben um ungewisse Zeit verzögert hat. Der Vorhabenträger hat den Architekten gewechselt und die gesamte Planung wurde erneuert. Aus diesem Grund mussten die Städtischen Betriebswerke auch die neusanierte Arndtstraße wieder öffnen, da der neue Entwurf die Fernwärmeleitung nicht auf dem Grundstück, sondern im Straßenraum vorsieht.

TOP 6.2. Planverfahren Lidl

Frau Dr. Jürgen fragt, ob es für den Neubau des Lidl-Marktes einen städtebaulichen Vertrag gibt und warum dieser nicht im Bebauungsplan erwähnt werde.

Herr Mann bestätigt ersteres. Der städtebauliche Vertrag ist für den Bebauungsplan nicht relevant.

Frau Dr. Jürgen möchte wissen, ob der Betreiber des Krankenhauses um eine bestimmte Anzahl Parkplätze auf dem Lidl-Parkplatz gebeten hatte.

Herr Mann antwortet, dass die Anzahl mit dem ehemaligen Betreiber des Krankenhauses ausgehandelt wurde. Mit dem neuen Betreiber steht man in Kontakt und dieser begrüßt die Regelung außerordentlich. Da der neue Betreiber die bisherigen Entwicklungsziele fortführen will, geht man davon aus, dass die Anzahl auch weiterhin erforderlich ist, um das erhebliche Defizit zu verringern.

Frau Dr. Jürgen verweist auf § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch, der vorschreibe, dass bei der öffentlichen Auslegung von Planunterlagen umweltbezogene Stellungnahmen mit

auszulegen seien. Die Stellungnahme des Landesbüros für anerkannte Naturschutzverbände sowie die Stellungnahmen zweier Bürger seien nicht ausgelegt worden.

Herr Mann kann das derzeit nicht bestätigen, betont aber, dass dies am Planverfahren nichts verändern würde, selbst wenn es sich um einen Auslegungsfehler handeln würde.

Herr Jurtzik wirft ein, dass Stellungnahmen niemals umweltrelevant sein könnten.

Frau Reiter erklärt, dass die Stellungnahmen, die in der zweiten Runde öffentlich ausgelegt werden müssen, in der jetzigen ersten Auslegungsrunde erst eingehen werden.

Herr Buß weist darauf hin, dass es sich bereits um die zweite Auslegung handelt.

Frau Dr. Jürgen spricht Änderungen im Bebauungsplan an, die es gegeben haben soll. Zum einen soll die GRZ von 0,9 auf 0,8 verringert und drei fehlende Stellungnahmen sollen aufgenommen worden sein. Sie möchte wissen, wie die Stadtverordneten und Bürger über diese Änderungen informiert werden.

Herr Mann erklärt, dass ein beschlossener Bebauungsplan nicht von der Verwaltung geändert werden kann. Der Vorhabenträger hat beantragt, die GRZ auf 0,8 zu verringern. Gemeinsam mit den möglicherweise unberücksichtigten Stellungnahmen wird dies in das Verfahren eingebracht.

TOP 6.3. Potenzielles Sanierungsgebiet Karree

Frau Walbrach fragt nach dem aktuellen Stand zum potenziellen Sanierungsgebiet Karree.

Herr Mann wiederholt, dass es eine Eigentümerversammlung gegeben hat, bei der die Eigentümer über den derzeitigen Stand und die ersten Planvorstellungen informiert wurden. Als nächster Schritt wird es im Dezember eine nicht öffentliche Akteursbeteiligung geben, bevor dann die Stadtverordneten einbezogen werden. Die Präsentation aus der Eigentümerversammlung ist im Internet einsehbar.

TOP 6.4. Entwicklung Kiesgrube

Herr Riese erinnert an seine Frage zur weiteren Entwicklung der Kiesgrube.

Herr Mann verweist auf den Tagesordnungspunkt „Informationen der Verwaltung“.

TOP 6.5. Ersatzpflanzungen

Frau Dr. Jürgen fragt, wo die Ersatzpflanzungen der gefälltten Bäume in der Dahmer Straße hinkommen.

Herr Schmeier antwortet, auf den Friedhof Vor dem Jüterboger Tor.

Frau Dr. Jürgen zitiert aus der Fällgenehmigung, in der es heiße: Für die Fällung der Linden sind 48 standortgerechte Laubbäume mit einem Stammumfang von 18 bis 20 cm, zweimal verschult, als Lückenpflanzung innerhalb der Allee an der Dahmer Straße und als Neupflanzung oder Ergänzung einer Allee in der Ortslage Luckenwalde oder deren Ortsteilen zu pflanzen.

Herr Schmeier wird die Frage schriftlich beantworten.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

TOP 7.1. Stand Lärmaktionsplan

Herr Buß präsentiert den Stand zum Lärmaktionsplan (siehe Anlage).

Herr Wessel verlässt den Sitzungssaal.

Herr Wessel kehrt in den Sitzungssaal zurück.

TOP 7.2. Entwicklung Kiesgrube Weinberge

Herr Buß bezieht sich auf die Frage von Herrn Riese aus Tagesordnungspunkt 6.4. In der letzten Woche hat es dazu eine Informationsveranstaltung im Rahmen der Bürgerbeteiligung gegeben. Er erläutert das Vorhaben anhand der Präsentation von letzter Woche. Diese wird im Ratsinformationssystem/Bürgerportal online zu dieser Sitzung öffentlich eingestellt. In Papierform ist die Präsentation im Amt für Pressearbeit, Verwaltungs- und Kommunalservice einsehbar.

Herr Nerlich fragt nach möglichen schädlichen Auswirkungen für die Anlieger.

Herr Buß antwortet, dass ein Gutachten über eine mögliche Blendwirkung durch die Photovoltaikanlage erstellt wird.

Frau Walbrach verlässt den Sitzungssaal.

Herr Lehmann verlässt den Sitzungssaal.

Herr Riese fragt, ob die Durchwegung erhalten bleibt.

Frau Walbrach kehrt in den Sitzungssaal zurück.

Herr Buß antwortet, dass bislang keine öffentliche Durchwegung vorgesehen ist. Dies könnte aber im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgeschlagen werden.

TOP 7.3. Änderung der Verkehrsregelung Meisterweg

Herr Schmeier informiert über die Änderung der Verkehrsregelung im Meisterweg. Dort gab es wiederholt Beschwerden über die Lärmbelästigung, die durch schlechten Fahrbahnzustand und hohe gefahrene Geschwindigkeiten entsteht. Vom 23. bis 30. August 2019 wurde eine Woche lang der Verkehr gemessen. Das Ergebnis waren 1.216 Fahrten pro Tag mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 55 km/h. Als erster Schritt wurden in Absprache mit dem Straßenverkehrsamt die Straßenschäden beschildert, was wenig Erfolg zeigte. Nun gilt in einer einjährigen Testphase rechts vor links, wodurch zwingend langsamer gefahren werden muss. Dies hat sich auch in der Parkstraße, der Theaterstraße und der Frankenstraße bewährt.

Herr Lehmann kehrt in den Sitzungssaal zurück.

TOP 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Um 19:59 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Peter Gruschka
Vorsitzender

Sonja Dirauf
Schriftführerin

13.10 24 31 00